

IDW/WPK-Arbeitskreis
Reform des Wirtschaftsprüfungsexamens

**Die Prüfungsgebiete im
Wirtschaftsprüfungsexamen
- Konkretisierung des
§ 4 Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung
(WiPrPrüfV) -**

(1. Januar 2008)

Inhalt

I. Zielsetzung	2
II. Prüfungsgebiete nach § 4 Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung (WiPrPrüfV)	3
III. Konkretisierung der Prüfungsgebiete nach § 4 WiPrPrüfV	5
A. Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht	5
B. Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre	13
C. Wirtschaftsrecht	18
D. Steuerrecht	23

I. Zielsetzung

Die Inhalte des Wirtschaftsprüfungsexamens sind in § 4 Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung (WiPrPrüfV) festgelegt. Prüfungsgebiete sind

- A. *Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht,*
- B. *Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre,*
- C. *Wirtschaftsrecht,*
- D. *Steuerrecht.*

Die Prüfungsgebiete werden nur durch einige wesentliche Untergliederungen erläutert (s. u. II.).

Der IDW/WPK-Arbeitskreis *Reform des Wirtschaftsprüfungsexamens* nimmt mit dieser Veröffentlichung eine inhaltliche Konkretisierung der Prüfungsgebiete vor. Die Konkretisierung soll die examensrelevanten Themenkomplexe aufgliedern und damit Transparenz hinsichtlich des Examensstoffes schaffen. Sie ist als Empfehlung für alle am Wirtschaftsprüferexamen und an der Wirtschaftsprüferausbildung Beteiligten zu verstehen.

Der Zielsetzung eines Berufsexamens folgend werden die Examensinhalte aus der Berufsarbeit abgeleitet. Nach § 2 Abs. 1 Wirtschaftsprüferordnung (WPO) haben Wirtschaftsprüfer die berufliche Aufgabe, betriebswirtschaftliche Prüfungen, insbesondere solche von Jahresabschlüssen wirtschaftlicher Unternehmen, durchzuführen. Zu den Kernkompetenzen der Wirtschaftsprüfer zählt neben der Prüfungstätigkeit vorrangig die steuerliche Beratung und Vertretung sowie die Tätigkeit als Gutachter oder Sachverständiger in allen Bereichen der wirtschaftlichen Betriebsführung.

Mit der 5. WPO-Novelle erfolgte eine stärkere Fokussierung der inhaltlichen Anforderungen des § 4 WiPrPrüfV auf die Kernkompetenzen. Insbesondere in dem Prüfungsgebiet *Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre* wurde eine Eingrenzung vorgenommen, verbunden mit der Streichung des Gebietes *Allgemeine Betriebswirtschaftslehre*. Materielle Änderungen ergeben sich hieraus nur insoweit, als die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre kein eigenständiges Prüfungsgebiet ist. Fundierte Kenntnisse der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre sind aber zum Verständnis der Spezialgebiete unerlässlich und in diesem Sinne auch examensrelevant. Der Beruf erfordert ein umfassendes, breit angelegtes und in den theoretischen Grundlagen des Faches verankertes betriebswirtschaftliches Wissen. Mit dem Wegfall des Fakultätsvorbehalts durch die 5. WPO-Novelle kommt diesem Aspekt besondere Bedeutung zu.

Die Konkretisierung der Prüfungsgebiete nach § 4 WiPrPrüfV hat insbesondere die Aufgabe,

- den Prüfungskandidaten die effiziente Vorbereitung auf das Examen zu erleichtern,
- den Mitgliedern der Prüfungskommission Hinweise auf die Breite der examensrelevanten Wissensgebiete zu geben mit dem Ziel, eine einheitliche Auslegung für die mündlichen Prüfungen zu erleichtern und damit zu einer höheren Einheitlichkeit der Prüfungsanforderungen beizutragen. Sie kann nicht abschließend sein und bindet die Mitglieder der Prüfungskommission und der für die Auswahl der schriftlichen Prüfungsaufgaben zuständigen Aufgabenkommission nicht,

- eine Leitlinie für den zweckmäßigen Aufbau von Lehrprogrammen zu bieten.

Die Konkretisierung dient darüber hinaus im Rahmen des Regelungsbereiches der §§ 8a, 13b Wirtschaftsprüferordnung als Beurteilungskriterium für die inhaltliche Gleichwertigkeit der Studieninhalte mit den Anforderungen des Wirtschaftsprüfungsexamens. Die dargestellten Inhalte ergänzen insoweit den Referenzrahmen und die unverbindlichen Lehrpläne (Curricula) nach § 4 Wirtschaftsprüfungsexamens-Anrechnungsverordnung.

Die Konkretisierung gibt zugleich Hinweise auf den zweckmäßigen Aufbau eines Studiums, das auf das Berufsziel des Wirtschaftsprüfers vorbereiten soll.

Angesichts eines Umfeldes, das sich mit bemerkenswerter Dynamik verändert, ist eine regelmäßige Überarbeitung vorgesehen.

II. Prüfungsgebiete nach § 4 Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung (WiPrPrüfV)

A. Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht

1. Rechnungslegung

- a) Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht,
- b) Konzernabschluss und Konzernlagebericht, Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen,
- c) international anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze,
- d) Rechnungslegung in besonderen Fällen,
- e) Jahresabschlussanalyse;

2. Prüfung

- a) Prüfung der Rechnungslegung: rechtliche Vorschriften und Prüfungsstandards, insbesondere Prüfungsgegenstand und Prüfungsauftrag, Prüfungsansatz und Prüfungsdurchführung, Bestätigungsvermerk, Prüfungsbericht und Bescheinigungen, andere Reporting-Aufträge,
- b) sonstige gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen, insbesondere aktienrechtliche Sonderprüfungen, Prüfung von Risikofrüherkennungssystemen, Geschäftsführungsprüfungen,
- c) andere betriebswirtschaftliche Prüfungen, insbesondere Due-Diligence-Prüfungen, Kreditwürdigkeitsprüfungen, Unterschlagungsprüfungen, Wirtschaftlichkeitsprüfungen, Prüfung von Sanierungskonzepten;

3. Grundzüge und Prüfung der Informationstechnologie;

4. Bewertung von Unternehmen und Unternehmensanteilen;

5. Berufsrecht, insbesondere Organisation des Berufs, Berufsaufsicht, Berufsgrundsätze und Unabhängigkeit.

B. Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre

1. Angewandte Betriebswirtschaftslehre
 - a) Kosten- und Leistungsrechnung,
 - b) Planungs- und Kontrollinstrumente,
 - c) Unternehmensführung und Unternehmensorganisation,
 - d) Unternehmensfinanzierung sowie Investitionsrechnung, einschließlich methodischer Problemstellungen der externen Rechnungslegung, der Corporate Governance und der Unternehmensbewertung;
2. Volkswirtschaftslehre
 - a) Grundzüge der Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik,
 - b) Grundzüge der Finanzwissenschaft;
3. Die Nummern 1 und 2 umfassen Grundkenntnisse anwendungsorientierter Mathematik und Statistik.

C. Wirtschaftsrecht

1. Grundzüge des Bürgerlichen Rechts einschließlich Grundzüge des Arbeitsrechts und Grundzüge des internationalen Privatrechts, insbesondere Recht der Schuldverhältnisse und Sachenrecht;
2. Handelsrecht, insbesondere Handelsstand und -geschäfte einschließlich internationalem Kaufrecht;
3. Gesellschaftsrecht (Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften, Recht der verbundenen Unternehmen), Corporate Governance und Grundzüge des Kapitalmarktrechts;
4. Umwandlungsrecht;
5. Grundzüge des Insolvenzrechts;
6. Grundzüge des Europarechts.

D. Steuerrecht

1. Abgabenordnung und Nebengesetze, Finanzgerichtsordnung;
2. Recht der Steuerarten, insbesondere
 - a) Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer,
 - b) Bewertungsgesetz, Erbschaftsteuer, Grundsteuer,
 - c) Umsatzsteuer, Grunderwerbsteuer,
 - d) Umwandlungssteuerrecht;
3. Grundzüge des Internationalen Steuerrechts.

III. Konkretisierung der Prüfungsgebiete nach § 4 WiPrPrüfV

A. Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht

1. Rechnungslegung

a) Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht

1. Buchführung
2. Funktionen und Konzeption der externen Rechnungslegung
3. Grundlagen des Jahresabschlusses
 - 3.1. Nationale Quellen der Rechnungslegung
 - 3.2. Nationale Auswirkungen von EU-Vorschriften
4. Bilanzierungsgrundsätze
5. Bewertungsgrundsätze
6. Ausweisvorschriften
7. Anhang
8. Lagebericht
9. Besonderheiten bestimmter Rechtsformen
10. Besonderheiten des Jahresabschlusses nach dem Publizitätsgesetz
11. Änderung von Jahresabschlüssen
12. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen und des festgestellten Jahresabschlusses
13. Offenlegung
14. Straf- und Bußgeldvorschriften

b) Konzernabschluss und Konzernlagebericht, Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

1. Grundlagen des Konzernabschlusses
2. Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts
3. Abgrenzung des Konsolidierungskreises
4. Überleitung von der HB I zur HB II
5. Konzernbilanz
 - 5.1. Bilanzierung von Tochterunternehmen
 - 5.2. Quotenkonsolidierung
 - 5.3. Equity-Methode
6. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
7. Konzernergebnis
8. Konzernanhang
9. Kapitalflussrechnung
10. Eigenkapitalpiegel
11. Segmentberichterstattung
12. Konzernlagebericht
13. Besonderheiten des Konzernabschlusses nach dem Publizitätsgesetz
14. Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

c) International anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze

1. Grundlagen der Rechnungslegung nach IAS/IFRS
 - 1.1. Institutionen der Rechnungslegung
 - 1.2. Ziele und qualitative Anforderungen an die Rechnungslegung
 - 1.3. Bestandteile der Rechnungslegung und Definition der Abschlussposten
 - 1.4. Sonderregelungen für die erstmalige Anwendung von IFRS
 - 1.5. Ansatz-, Bewertungs- und Ausweisgrundsätze
 - 1.6. Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
 - 1.7. Behandlung von Bilanzierungsfehlern
 - 1.8. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
2. Gewinn- und Verlustrechnung nach IAS/IFRS
 - 2.1. Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung
 - 2.2. Erträge
 - 2.3. Discontinued Operations
 - 2.4. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen
 - 2.5. Earnings per share
3. Ansatz-, Bewertungs- und Ausweisvorschriften nach IAS/IFRS sowie wesentliche Angaben zu einzelnen Posten des Abschlusses
4. Grundlagen der Konzernrechnungslegung nach IAS/IFRS
 - 4.1. Funktionen des Konzernabschlusses und Aufstellungspflicht
 - 4.2. Konsolidierungskreis
 - 4.3. Währungsumrechnung ausländischer Einzelabschlüsse
 - 4.4. Purchase Accounting
 - 4.5. Eliminierung konzerninterner Transaktionen
 - 4.6. Bilanzierung assoziierter Unternehmen
 - 4.7. Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen
5. Kapitalflussrechnung
6. Segmentberichterstattung
7. Related Party disclosure
8. Eigenkapitalveränderungsrechnung

d) Rechnungslegung in besonderen Fällen

1. Gründung
2. Umwandlung
3. Sanierung
4. Liquidation
5. Insolvenz

e) Jahresabschlussanalyse

1. Aufgaben und Ziele
2. Aufbereitung des Datenmaterials
3. Kennzahlen zur Jahresabschlussanalyse
 - 3.1. Finanzwirtschaftliche Analyse
 - 3.1.1. Analyse der Vermögenslage
 - 3.1.2. Analyse der Finanzlage

- 3.2. Erfolgswirtschaftliche Analyse
 - 3.2.1. Erfolgsquellenanalyse
 - 3.2.2. Ertrags- und Aufwandsstrukturanalyse
 - 3.2.3. Rentabilitätsanalyse
- 3.3. Analyse der Ergebnisverwendungspolitik
- 3.4. Kapitalmarktorientierte Erfolgsanalyse (DVFA/SG, Earnings per Share)
- 3.5. Wertschöpfungsanalyse
- 4. Kennzahlensysteme
 - 4.1. Traditionelle Kennzahlensysteme
 - 4.2. Rating Verfahren
 - 4.3. Multivariate Diskriminanzanalyse (MDA)
 - 4.4. Künstliche Neuronale Netzanalyse (KNN)
 - 4.5. Jahresabschlussanalyse auf der Grundlage empirischer Bilanzforschung

- Enforcement der Rechnungslegung

2. Prüfung

a) **Prüfung der Rechnungslegung: rechtliche Vorschriften und Prüfungsstandards, insbesondere Prüfungsgegenstand und Prüfungsauftrag, Prüfungsansatz und Prüfungsdurchführung, Bestätigungsvermerk, Prüfungsbericht und Bescheinigungen, andere Reporting-Aufträge**

- 1. Rechtliche Vorschriften und Prüfungsstandards
 - 1.1. Grundlagen
 - 1.2. Rechtliche Vorschriften
 - 1.3. Nationale Prüfungsgrundsätze
 - 1.4. Internationale Prüfungsgrundsätze
- 2. Prüfungsgegenstand und Prüfungsauftrag, Prüfungsansatz und Prüfungsdurchführung, (insbesondere IDW PS 200 bis 399)
 - 2.1. Prüfungsgegenstand
 - 2.2. Prüfungsauftrag
 - 2.2.1. Bestellung des Abschlussprüfers (Wahl, Ausschlussgründe, Prüfungsauftrag)
 - 2.2.2. Inhalt des Prüfungsauftrags
 - 2.2.3. Verantwortlichkeit des Abschlussprüfers
 - 2.3. Prüfungsplanung durch den Abschlussprüfer
 - 2.3.1. Grundlagen
 - 2.3.2. Gegenstand und Zweck der Planung
 - 2.3.3. Sachliche Planung (Risikoorientierung)
 - 2.3.4. Zeitliche Planung
 - 2.3.5. Personelle Planung
 - 2.3.6. Erstellung und Dokumentation des Prüfungsplans
 - 2.3.7. Berücksichtigung des Risikos von Unregelmäßigkeiten und Verstößen bei der Prüfungsplanung
 - 2.4. Durchführung der Abschlussprüfung
 - 2.4.1. Grundlagen
 - 2.4.2. Prüfung der Rechtsgrundlagen und der rechtlichen Verhältnisse

- 2.4.3. Berücksichtigung des Risikos von Unregelmäßigkeiten und Verstößen bei der Prüfungsdurchführung
- 2.4.4. Analyse der Strategie
- 2.4.5. Prüfung des internen Kontrollsystems (IKS-Prüfung) bzw. Prozessanalyse
- 2.4.6. Aussagebezogene Prüfungshandlungen
- 2.4.7. Prüfung des Lageberichts
- 2.5. Besonderheiten bei der Erstprüfung
- 2.6. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
- 2.7. Besonderheiten bei der Konzernabschlussprüfung und der Prüfung des Konzernlageberichts
- 2.8. Verwendung der Arbeit Dritter
- 2.9. Beurteilung von zusätzlichen Informationen, die von Unternehmen zusammen mit dem Jahresabschluss veröffentlicht werden
- 2.10. Gemeinschaftsprüfungen (Joint Audit)
- 2.11. Interne und externe Qualitätssicherung
- 3. Prüfungsbericht, Bestätigungsvermerk und Bescheinigungen (insbesondere IDW PS 400 bis 499)
 - 3.1. Grundlagen
 - 3.2. Nachweis der Prüfungsdurchführung und Berichterstattung
 - 3.3. Bericht über die Jahresabschlussprüfung von Kapitalgesellschaften und diesen gleichgestellten Gesellschaften
 - 3.4. Bericht über die Konzernabschlussprüfung von Kapitalgesellschaften und diesen gleichgestellten Gesellschaften
 - 3.4.1. Grundlagen
 - 3.4.2. Aufbau und Gliederung
 - 3.4.3. Inhalt des Konzernprüfungsberichts
 - 3.4.4. Zusammengefasster Prüfungsbericht gemäß § 298 HGB
 - 3.4.5. Besonderheiten der Berichterstattung zu nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellten Konzernabschlüssen
 - 3.4.6. Prüfung des Berichtes des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen
 - 3.5. Bestätigungsvermerk bei Abschlussprüfungen von Kapitalgesellschaften und diesen gleichgestellten Gesellschaften
 - 3.5.1. Grundlagen
 - 3.5.2. Inhalt und Bestandteile des Bestätigungsvermerks
 - 3.5.3. Erteilung des Bestätigungsvermerks/Versagungsvermerks
 - 3.5.4. Bestätigungsvermerk bei Konzernabschlussprüfungen
 - 3.5.5. Sonderfälle von Bestätigungsvermerken bei Abschlussprüfungen
 - 3.6. Besonderheiten des Prüfungsergebnisses bei Abschlussprüfungen nach PubliG
 - 3.7. Besonderheiten bei freiwilligen Abschlussprüfungen
 - 3.8. Bescheinigungen
 - 3.8.1. Grundlagen
 - 3.8.2. Bescheinigungen und Berichterstattung bei der Erstellung von Jahresabschlüssen durch Wirtschaftsprüfer

3.8.3. Bescheinigungen und Berichterstattung zu anderen Prüfungstätigkeiten

4. Andere Reporting-Aufträge (insbesondere IDW PS 800 ff.)

b) Sonstige gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen, insbesondere aktienrechtliche Sonderprüfungen, Prüfung von Risikofrüherkennungssystemen, Geschäftsführungsprüfungen

1. Aktienrechtliche Gründungsprüfung und gleichartige Prüfungen
 - 1.1. Aktienrechtliche Gründungsprüfung
 - 1.2. Nachgründungsprüfung
 - 1.3. Kapitalerhöhung mit Sacheinlagen
2. Aktienrechtliche Sonderprüfung
 - 2.1. Allgemeine Sonderprüfung nach den §§ 142 ff. AktG
 - 2.2. Sonderprüfung nach den §§ 258 ff. AktG wegen unzulässiger Unterbewertung
 - 2.3. Sonderprüfung nach § 315 AktG
3. Prüfung des Risikofrüherkennungssystems
 - 3.1. Grundlagen
 - 3.2. Ausgestaltung des Risikofrüherkennungssystems nach § 91 Abs. 2 AktG
 - 3.3. Prüfungsanlässe (unmittelbare und mittelbare Prüfung)
 - 3.4. Prüfungsgegenstand, -art und -umfang
 - 3.5. Prüfungsziele
 - 3.6. Prüfungsplanung
 - 3.7. Prüfungsdurchführung
4. Prüfungen nach dem Umwandlungsgesetz
5. Geschäftsführungsprüfung

c) Andere betriebswirtschaftliche Prüfungen, insbesondere Due-Diligence-Prüfungen, Kreditwürdigkeitsprüfungen, Unterschlagungsprüfungen, Wirtschaftlichkeitsprüfungen, Prüfung von Sanierungskonzepten

1. Due-Diligence-Prüfung
2. Kreditwürdigkeitsprüfung
3. Unterschlagungsprüfung
4. Wirtschaftlichkeitsprüfung
5. Prüfung von Sanierungskonzepten
6. Sonstige betriebswirtschaftliche Prüfungen

3. Grundzüge und Prüfung der Informationstechnologie

1. Allgemeine Grundlagen im Bereich der Informationstechnologie
 - 1.1. Systemkonzepte
 - 1.2. IT-Strategie
 - 1.3. IT-Organisation
 - 1.4. IT-Management
 - 1.5. Systementwicklung und -beschaffung
 - 1.6. Hardware und sonstige Komponenten von IT-Systemen
 - 1.7. Netzwerke und Datenübertragungstechnologien

- 1.8. Software
- 1.9. Datenorganisation und Datenzugriff
- 1.10. Verarbeitungstechniken in rechnungslegungsrelevanten IT-Systemen
- 2. Berufsständische Verlautbarungen und relevante Vorschriften zur Ordnungsmäßigkeit und Prüfung IT-gestützter Rechnungslegungssysteme
 - 2.1. Verlautbarungen des IDW
 - 2.2. Steuerrechtliche Verlautbarungen
 - 2.3. Sonstige rechtliche Vorschriften
- 3. Grundlagen IT-gestützter interner Kontrollsysteme
 - 3.1. Risiken des IT-Einsatzes
 - 3.2. Kontrollziele
 - 3.3. Aufbau des IT-Kontrollsystems
 - 3.4. Kontrollverantwortlichkeit
 - 3.5. Bestimmungsfaktoren des Kontrollumfelds
 - 3.6. Beurteilung von IT-Risiken
 - 3.7. Realisierung von IT-bezogenen Kontrollen und Sicherungsmaßnahmen in IT-Systemen mit Rechnungslegungsbezug
 - 3.8. Generelle Kontrollmaßnahmen in IT-Systemen mit Rechnungslegungsbezug
 - 3.9. Überwachung des IT-Kontrollsystems
- 4. Prüfungsmethoden und Prüfungstechniken
 - 4.1. Prüfungsprozess
 - 4.2. Prüfungsmethoden und Prüfungstechniken
 - 4.3. IT-gestützte Prüfung
- 5. Berufstypischer Umgang mit IT
 - 5.1. Praxisorientierter Einsatz von IT zur Unterstützung berufstypischer Tätigkeiten
 - 5.2. Kenntnisse betrieblicher Rechnungslegungssysteme
 - 5.3. Einrichtung von Kontrollen in PC-System-Umgebungen
 - 5.4. Definition von Anforderungen an PC-Systeme

4. Bewertung von Unternehmen und Unternehmensanteilen

- 1. Allgemeine Grundsätze der Unternehmensbewertung
 - 1.1. Zweckadäquanzprinzip, Grenzpreisprinzip und Eignerbezogenheitsprinzip
 - 1.2. Bewertungszwecke
 - 1.2.1. Beratungsfunktion und Entscheidungswert/Grenzpreis
 - 1.2.2. Vermittlungsfunktion und Arbitriumwert
 - 1.2.3. Argumentationsfunktion und Argumentationswert
 - 1.2.4. Abgrenzung zur Funktionenlehre des IDW
- 2. Verfahren der Unternehmensbewertung
 - 2.1. Gesamtbewertungsverfahren
 - 2.1.1. Ertragswertverfahren
 - 2.1.2. DCF-Verfahren
 - 2.1.2.1. WACC-Ansatz
 - 2.1.2.2. APV-Ansatz
 - 2.1.2.3. FTE-Ansatz
 - 2.1.3. Unternehmensbewertung mit Multiples

- 2.2. Einzelbewertungsverfahren
 - 2.2.1. Substanzwertverfahren
 - 2.2.2. Liquidationswertverfahren
- 3. Nicht betriebsnotwendiges Vermögen
- 4. Besonderheiten bei der Bewertung von Unternehmensanteilen
 - 4.1. Unternehmensanteil als Bewertungsobjekt
 - 4.1.1. Direkte Methode: Der Unternehmensanteil als eigenständiges Bewertungsobjekt
 - 4.1.2. Indirekte Methode: Ableitung des Anteilswertes aus dem Gesamtwert des Unternehmens
 - 4.2. Paketzuschläge und Minderheitsabschläge
 - 4.3. Relevanz von Börsenkursen
- 5. Berufsständische Grundsätze
 - 5.1. IDW Standard: Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen (IDW S 1)
 - 5.2. Stellungnahme HFA 2/1995: Zur Unternehmensbewertung im Familien- und Erbrecht
 - 5.3. Anwendung der IDW Prüfungsstandards auf die Unternehmensbewertung durch Wirtschaftsprüfer
- 6. Rechtliche Rahmenbedingungen von Unternehmensbewertungen bei
 - 6.1. Umwandlungen, insbesondere Verschmelzungen
 - 6.2. Gründungen/Kapitalerhöhungen, insbesondere Bewertung von Sacheinlagen in Form von Unternehmen
 - 6.3. Abschluss von Unternehmensverträgen (insbesondere angemessene Abfindung/angemessener Ausgleich)
 - 6.4. Gesellschafterauseinandersetzungen
 - 6.5. Unternehmensbewertung für bilanzielle Zwecke
 - 6.6. Unternehmensbewertung im Zusammenhang mit dem WpÜG

5. Berufsrecht, insbesondere Organisation des Berufs, Berufsaufsicht, Berufsgrundsätze und Unabhängigkeit

- 1. Organisation des Berufs
 - 1.1. Abschlussprüferaufsichtskommission (APAK)
 - 1.2. Wirtschaftsprüferkammer (WPK)
 - 1.3. Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)
 - 1.4. Internationale Berufsorganisationen
- 2. Berufsaufsicht/Widerrufsverfahren/Qualitätskontrolle
 - 2.1. Berufsaufsicht
 - 2.1.1. Berufsaufsicht des WPK-Vorstandes
 - 2.1.2. Zuständigkeit
 - 2.1.3. Verfahren
 - 2.1.4. Mögliche Entscheidungen
 - 2.2. Berufsgerichtliche Ahndung von Pflichtverletzungen
 - 2.2.1. Zuständigkeit
 - 2.2.2. Verfahren
 - 2.2.3. Mögliche Entscheidungen
 - 2.3. Widerrufsverfahren

- 2.4. Qualitätskontrolle
 - 2.4.1. Verfahren
 - 2.4.2. Inhalt
- 3. Berufsgrundsätze, Unabhängigkeit
 - 3.1. Rechtliche Grundlagen
 - 3.1.1. Grundgesetz (insb. Art. 12)
 - 3.1.2. Wirtschaftsprüferordnung
 - 3.1.3. Verordnungen
 - 3.1.4. Satzungen
 - 3.1.5. Gebührenordnung
 - 3.1.6. Beitragsordnung
 - 3.2. Formelle berufsrechtliche Rahmenbedingungen
 - 3.2.1. Niederlassungsrecht (u. a. BHV)
 - 3.2.2. Formen der beruflichen Zusammenarbeit
 - 3.2.3. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
 - 3.3. Materielle berufsrechtliche Rahmenbedingungen
 - 3.3.1. Allgemeine Berufspflichten, insbesondere Unabhängigkeit und Gewissenhaftigkeit
 - 3.3.2. Siegel und Siegelführung
 - 3.3.3. Durchführung von Prüfungen und Erstattung von Gutachten (insb. Besorgnis der Befangenheit)
 - 3.3.4. Sicherung der Qualität der Berufsarbeit in den Aufgaben nach § 2 Abs. 1 WPO
 - 3.4. Auftragsdurchführung
 - 3.5. Haftung
 - 3.5.1. Haftungsrisiko
 - 3.5.2. Haftung gegenüber Mandanten
 - 3.5.3. Haftung gegenüber Dritten
 - 3.5.4. Verjährung
 - 3.6. Internationale Anforderungen

B. Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre

1. Angewandte Betriebswirtschaftslehre

einschließlich methodischer Problemstellungen der externen Rechnungslegung, der Corporate Governance und der Unternehmensbewertung (Vgl. hierzu A.1 und A.4)

a) Kosten- und Leistungsrechnung

1. Kosten- und Leistungsrechnung als Führungsinstrument
 - 1.1. Kosten- und Leistungsrechnung im Rechnungswesen
 - 1.2. Kosten- und Leistungsrechnung im Controlling
2. Betriebsabrechnung
 - 2.1. Kostenartenrechnung
 - 2.1.1. Gliederung der Kostenarten
 - 2.1.2. Erfassung der wichtigsten Kostenarten
 - 2.2. Kostenstellenrechnung
 - 2.2.1. Aufgaben und Gliederung der Kostenstellen
 - 2.2.2. Ermittlung von Bezugsgrößen
 - 2.2.3. Verrechnung der innerbetrieblichen Leistungen
 - 2.2.4. Betriebsabrechnungsbogen
3. Kostenträgerstückrechnung
 - 3.1. Aufgaben
 - 3.2. Kalkulationsverfahren
4. Kurzfristige Erfolgsrechnung
 - 4.1. Betriebsabrechnung und Finanzbuchhaltung
 - 4.2. Verfahren der kurzfristigen Erfolgsrechnung
5. Kostenrechnungssysteme
 - 5.1. Teilkostenrechnung (Deckungsbeitragsrechnung) und Vollkostenrechnung
 - 5.1.1. Einstufige Deckungsbeitragsrechnung (Direct Costing)
 - 5.1.2. Stufenweise Deckungsbeitragsrechnung
 - 5.1.3. Deckungsbeitragsrechnung mit relativen Einzelkosten
 - 5.2. Ist-, Plan-, Normalkostenrechnung
6. Kostenplanung und -kontrolle
 - 6.1. Planung auf Basis von Verrechnungspreisen
 - 6.2. Planung und Kontrolle von Einzelkosten
 - 6.3. Planung und Kontrolle von Gemeinkosten
 - 6.4. Abweichungsanalyse
7. Kostenmanagement
 - 7.1. Prozesskostenrechnung
 - 7.2. Produktlebenszykluskostenrechnung
 - 7.3. Target Costing

b) Planungs- und Kontrollinstrumente

1. Das integrierte Planungs- und Kontrollsystem
 - 1.1. Grundlagen der Planung
 - 1.2. Planungsziele

- 1.2.1. Shareholder Value Ansatz [incl. der einschlägigen Bewertungsmethoden (DCF, EVA, etc.)]
 - 1.2.2. Stakeholder Value Ansatz
 - 1.2.3. Zielhierarchie
 - 1.3. Planungselemente
 - 1.3.1. Planungsinstanzen
 - 1.3.2. Planungsprozesse
 - 1.3.3. Planungsinstrumente
 - 1.4. Planungs- und Kontrollsystem als Subsystem der Führung
 - 1.4.1. Elemente von Planungs- und Kontrollsystemen
 - 1.4.2. Aufbauprinzipien von Planungs- und Kontrollsystemen
 - 1.5. Entwicklung zu Managementsystemen
- 2. Unterstützung der Unternehmensführung durch operative und strategische Controllingkonzepte
 - 2.1. Grundlagen
 - 2.1.1. Operatives Controlling
 - 2.1.2. Strategisches Controlling
 - 2.2. Elemente des Controlling
 - 2.2.1. Funktionen, Institutionen, Instrumente
 - 2.2.2. Informationssystem
 - 2.2.3. Berichtswesen
- 3. Operatives Controlling
 - 3.1. Unternehmenssteuerung mit integrierten Kennzahlensystemen
 - 3.2. Planung und Kontrolle der Ertragskraft der Unternehmung
 - 3.2.1. Liquidität und Rentabilität
 - 3.2.2. Kennzahlen zur Planung und Kontrolle (z. B. ROI)
 - 3.2.3. Kostenorientierte Entscheidungen einschl. Break-Even-Analyse
 - 3.3. Planung und Kontrolle der Finanzkraft der Unternehmung (Cash-Flow-Management)
 - 3.4. Planung und Kontrolle der Liquidität
- 4. Strategisches Controlling
 - 4.1. Grundlagen
 - 4.1.1. Gap-Analyse
 - 4.1.2. Strategischer Planungsprozess
 - 4.1.3. Ebenen der strategischen Planung
 - 4.1.4. Bildung strategischer Geschäftseinheiten
 - 4.2. Unternehmens- und Umfeldanalyse
 - 4.2.1. Umfeldanalyse
 - 4.2.2. Unternehmensanalyse
 - 4.3. Geschäftsstrategien
 - 4.3.1. Strategische Stoßrichtungen
 - 4.3.2. Kostenwettbewerb
 - 4.3.3. Qualitätswettbewerb
 - 4.3.4. Zeitwettbewerb
 - 4.4. Unternehmensstrategien
 - 4.4.1. Portfolio-Konzepte

- 4.4.2. Wettbewerbsmatrizen
- 4.4.3. Konzept der Kernkompetenzen
- 4.5. Balanced Scorecard
- 4.6. Steuerung von Strategien durch strategische Kontrolle
- 5. Früherkennungssysteme zur Analyse und Prognose
 - 5.1. Früherkennungssysteme als Bestandteil eines umfassenden Risikomanagement
 - 5.2. Früherkennungssystem der strategischen Planung
 - 5.3. Aufbaustufen eines Früherkennungssystems
 - 5.4. Einsatz von Szenarien
 - 5.4.1. Grundlagen
 - 5.4.2. Szenarien im Prozess der strategischen Planung
 - 5.4.3. Phasenablauf eines Szenarios

c) Unternehmensführung und Unternehmensorganisation

- 1. Grundlagen
- 2. Organisatorische Gestaltungsalternativen
 - 2.1. Divisionale Organisationsstrukturen
 - 2.2. Funktionale Organisationsstrukturen
 - 2.3. Matrixorganisation
 - 2.4. Holdingkonzepte
 - 2.5. Aktuelle Varianten (z.B. virtuelle Organisation, Netzwerke)
- 3. Organisation und Erfolgssteuerung (incl. anreiztheoretischer Grundlagen und Performancemaßen)
- 4. Organisation und Kontrolle (insbesondere entscheidungstheoretische Grundlagen der Kontrolle)
- 5. Corporate Governance

d) Unternehmensfinanzierung

- 1. Grundlagen
 - 1.1. Finanzplanung als betriebliche Teilplanung
 - 1.2. Ziele
 - 1.3. Instrumente
 - 1.4. Finanzmärkte
- 2. Finanzierungsformen
 - 2.1. Systematisierung
 - 2.2. Formen der Innenfinanzierung
 - 2.3. Formen der Außenfinanzierung
 - 2.3.1. Beteiligungsfinanzierung
 - 2.3.1.1. Kapitalerhöhung der Aktiengesellschaft
 - 2.3.1.2. Kapitalbeteiligungsgesellschaften
 - 2.3.1.3. Venture-Capital-Gesellschaften
 - 2.3.1.4. Unternehmensbeteiligungsgesellschaften
 - 2.3.2. Fremdfinanzierung (Kreditfinanzierung)
 - 2.3.2.1. Langfristige Fremdfinanzierung
 - 2.3.2.2. Kurzfristige Fremdfinanzierung

2.3.2.3. Finanzierungsinstrumente am Euromarkt

2.3.3. Kreditsubstitute

3. Finanzierungsplanung
 - 3.1. Begriff und Aufgaben
 - 3.2. Kapitalmarktmodell
 - 3.3. Bedarfsplanung
 - 3.3.1. Prognose von Finanzströmen
 - 3.3.2. Budgetierung
 - 3.4. Liquiditätsplanung
 - 3.5. Strukturplanung
 - 3.5.1. Problemfelder
 - 3.5.2. Kosten einzelner Finanzierungsformen (mit/ohne Steuern)
 - 3.5.3. Optimierung der Kapitalstruktur (Entscheidung über Eigen- und Fremdfinanzierung)
 - 3.5.4. Optimierung der Dividendenpolitik (Entscheidung über Außen- oder Innenfinanzierung mit Eigenkapital)
4. Risikoabsicherung durch Termingeschäfte
 - 4.1. Überblick
 - 4.2. Risikoabsicherung mit Forwards und Futures
 - 4.3. Risikoabsicherung mit Optionen

e) **Investitionsrechnung**

1. Grundlagen
 - 1.1. Arten der Investitionsentscheidungen
 - 1.2. Ablauf des Entscheidungsprozesses
2. Investitionsentscheidungen bei Sicherheit
 - 2.1. Statik und Dynamik
 - 2.2. Wichtige dynamische Verfahren
 - 2.2.1. Vollständiger Finanzplan
 - 2.2.2. Kapitalwert
 - 2.2.3. Interner Zinssatz
 - 2.2.4. Annuität
 - 2.3. Investitionsprogrammplanung bei Sicherheit
 - 2.3.1. Dean-Modell
 - 2.3.2. Programmplanung mit Hilfe linearer Programmierung
3. Berücksichtigung von Steuern
 - 3.1. Standardmodell
 - 3.2. Steuerparadoxon
4. Investitionsentscheidungen bei Unsicherheit
 - 4.1. Grundlagen
 - 4.2. (Statische) Amortisationsrechnung
 - 4.3. Sensitivitätsanalysen
 - 4.4. Risikoanalysen
 - 4.5. Markowitzmodell (Portfolioselection)
 - 4.6. Marktorientierte Bewertung riskanter Investitionen (Investitionsbeurteilung mit dem CAPM)

2. Volkswirtschaftslehre

a) Grundzüge der Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik

1. Mikroökonomik
 - 1.1. Märkte und Marktformen
 - 1.2. Haushaltstheorie
 - 1.3. Unternehmenstheorie
 - 1.4. Preistheorie
2. Soziale Marktwirtschaft, Unternehmertum und Wettbewerb
 - 2.1. Unternehmertum und Wirtschaftsordnung
 - 2.2. Wettbewerbstheorie
 - 2.3. Wettbewerbspolitik in Deutschland und in der EU
3. Makroökonomik
 - 3.1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
 - 3.2. Kreislauftheorie und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
 - 3.3. Wohlstands- und Leistungsmaße
 - 3.4. Einkommensrechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
4. Geld- und Fiskalpolitik
 - 4.1. Stabilisierungs- und wachstumspolitische Ziele
 - 4.2. Instrumente und Akteure
 - 4.3. Fiskalpolitik
 - 4.4. Geldpolitik der EZB

b) Grundzüge der Finanzwissenschaft

1. Das System der öffentlichen Einnahmen
2. Öffentliche Güter versus öffentliche Ausgaben
3. Finanzwissenschaftliche Steuertheorie

3. Die Nummern 1. (Angewandte Betriebswirtschaftslehre) und 2. (Volkswirtschaftslehre) umfassen Grundkenntnisse anwendungsorientierter Mathematik und Statistik.

C. Wirtschaftsrecht

1. Grundzüge des Bürgerlichen Rechts einschließlich Grundzüge des Arbeitsrechts und Grundzüge des internationalen Privatrechts, insbesondere Recht der Schuldverhältnisse und Sachenrecht

1. Grundlagen
2. Rechtsgeschäfte
 - 2.1. Rechtssubjekte
 - 2.2. Geschäftsfähigkeit
 - 2.3. Willenserklärung
 - 2.4. Form
 - 2.5. Gesetzes- und Sittenwidrigkeit
 - 2.6. Willensmängel, Anfechtung, Widerruf
 - 2.7. Verjährung
3. Verträge
 - 3.1. Vertragsarten
 - 3.2. Vertragsschluss
 - 3.3. Vertragsinhalt
 - 3.4. Leistungsort und Leistungszeit
 - 3.5. Stellvertretung
 - 3.6. Erfüllung
 - 3.7. Abtretung
 - 3.8. Zurückbehaltung und Aufrechnung
4. Leistungsstörungen
 - 4.1. Pflichtverletzung
 - 4.2. Unmöglichkeit
 - 4.3. Schuldnerverzug
 - 4.4. Gläubigerverzug
 - 4.5. Schlechtleistung
 - 4.6. culpa in contrahendo
 - 4.7. Verschulden
 - 4.8. Schadensersatz
5. Kaufvertrag
 - 5.1. Sach- und Rechtskauf
 - 5.2. Vertragspflichten
 - 5.3. Sachmängelhaftung
 - 5.4. Rechtsmängelhaftung
6. Werkvertrag
 - 6.1. Vertragspflichten
 - 6.2. Sachmängelhaftung
7. Geschäftsbesorgungsvertrag
8. Bürgschaftsvertrag
9. Arbeitsrecht
 - 9.1. Arbeitsvertrag
 - 9.2. Arbeitszeit
 - 9.3. Kündigung

- 9.4. Kündigungsschutz
- 9.5. Betriebsverfassungsrecht
- 9.6. Sozialversicherungsrecht
- 10. AGB-Recht
- 11. Deliktsrecht
 - 11.1. Unerlaubte Handlung
 - 11.2. Gefährdungshaftung
- 12. Eigentum und Besitz
- 13. Eigentumsvorbehalt
- 14. Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten
- 15. Sicherungsübereignung
- 16. Grundpfandrechte
- 17. Internationales Privatrecht
 - 17.1. Anwendungsbereich
 - 17.2. Vertragliche Schuldverhältnisse
 - 17.3. Außervertragliche Schuldverhältnisse
 - 17.4. Sachenrecht

2. Handelsrecht, insbesondere Handelsstand und -geschäfte einschließlich internationalem Kaufrecht

- 1. Grundlagen
- 2. Kaufleute
 - 2.1. Einzelkaufmann
 - 2.2. Handelsgesellschaften
- 3. Firmen- und Registerrecht
 - 3.1. Handelsfirma
 - 3.2. Handelsregister
 - 3.3. Andere Register
 - 3.4. Zweigniederlassungen
 - 3.5. Haftung bei Inhaberwechsel
- 4. Stellvertretung
 - 4.1. Prokura
 - 4.2. Handlungsvollmacht
 - 4.3. Rechtscheinsvollmacht
- 5. Handelsvertreter und Handelsmakler
- 6. Handelsgeschäfte
 - 6.1. Allgemeines
 - 6.2. Handelsbrauch
 - 6.3. Kaufmännisches Bestätigungsschreiben
 - 6.4. Gutgläubiger Erwerb
 - 6.5. AGB-Recht
- 7. Handelskauf
 - 7.1. Allgemeines
 - 7.2. Untersuchungs- und Rügepflicht
- 8. Internationales Kaufrecht (CISG)

- 8.1. Anwendungsvoraussetzungen
- 8.2. Rechtliche Besonderheiten
- 9. Kommissionsgeschäfte und andere spezielle Handelsgeschäfte
- 10. Wertpapierrecht
 - 10.1. Allgemeines
 - 10.2. Wertpapiere des BGB und des HGB

3. Gesellschaftsrecht (Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften, Recht der verbundenen Unternehmen), Corporate Governance und Grundzüge des Kapitalmarktrechts

- 1. Grundlagen
- 2. BGB-Gesellschaft
- 3. Offene Handelsgesellschaft
 - 3.1. Rechtsnatur
 - 3.2. Errichtung
 - 3.3. Rechte und Pflichten der Gesellschafter
 - 3.4. Geschäftsführung
 - 3.5. Vertretung
 - 3.6. Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten
 - 3.7. Gesellschafterwechsel
 - 3.8. Beendigung
- 4. Kommanditgesellschaft
 - 4.1. Errichtung
 - 4.2. Rechte und Pflichten der Gesellschafter
 - 4.3. Geschäftsführung und Vertretung
 - 4.4. Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten
 - 4.5. Gesellschafterwechsel
 - 4.6. GmbH & Co. KG
 - 4.7. Beendigung
- 5. Partnerschaftsgesellschaft
 - 5.1. Rechtsnatur und Errichtung
 - 5.2. Rechte und Pflichten der Partner
 - 5.3. Vertretung und Haftung
- 6. Europäische Gesellschaftsformen
- 7. Stille Gesellschaft
 - 7.1. Errichtung
 - 7.2. Rechte und Pflichten der Gesellschafter
- 8. Gesellschaft mit beschränkter Haftung
 - 8.1. Allgemeines
 - 8.2. Errichtung
 - 8.3. Rechte und Pflichten der Gesellschafter
 - 8.4. Geschäftsführung und Vertretung
 - 8.5. Erwerb und Übertragung von Geschäftsanteilen
 - 8.6. Einmann-GmbH
 - 8.7. Kapitalerhaltung und Gesellschafterdarlehen

- 8.8. Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten
- 8.9. Beendigung
- 9. Aktiengesellschaft
 - 9.1. Allgemeines
 - 9.2. Errichtung
 - 9.3. Rechte und Pflichten der Aktionäre
 - 9.4. Organe
 - 9.5. Grundkapital und Aktien
 - 9.6. Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten
 - 9.7. Kleine Aktiengesellschaft
 - 9.8. Beendigung
- 10. Kommanditgesellschaft auf Aktien
- 11. Eingetragene Genossenschaft
- 12. Recht der verbundenen Unternehmen
 - 12.1. Allgemeines
 - 12.2. Herrschende und abhängige Unternehmen
 - 12.3. Vertragskonzern
 - 12.4. Faktischer Konzern
 - 12.5. GmbH-Konzern
 - 12.6. Fusionskontrolle
- 13. Corporate Governance
 - 13.1. Allgemeines
 - 13.2. Deutscher Corporate Governance Kodex
 - 13.3. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG
- 14. Kapitalmarktrecht
 - 14.1. Allgemeines
 - 14.2. Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz
 - 14.3. Insiderrecht
 - 14.4. Unternehmensübernahmerecht

4. Umwandlungsrecht

- 1. Grundlagen
- 2. Formwechselnde Umwandlung
 - 2.1. Personengesellschaften
 - 2.2. Kapitalgesellschaften
- 3. Verschmelzung
 - 3.1. Arten
 - 3.2. Verschmelzungsvertrag
 - 3.3. Verschmelzungsbericht und Verschmelzungsprüfung
- 4. Spaltung
 - 4.1. Arten
 - 4.2. Durchführung
- 5. Vermögensübertragung

5. Grundzüge des Insolvenzrechts

1. Grundlagen
2. Eröffnung des Insolvenzverfahrens
3. Massegläubiger und Masseverbindlichkeiten
4. Aussonderung, Absonderung und Aufrechnung
5. Wirkungen der Insolvenzeröffnung
6. Insolvenzanfechtung
7. Verwaltung und Verwertung der Insolvenzmasse, Eigenverwaltung
8. Anmeldung, Prüfung und Feststellung der Forderungen
9. Verteilung und Beendigung
10. Insolvenzplan

6. Grundzüge des Europarechts

1. Verfassung der Europäischen Union
 - 1.1. Struktur der Europäischen Union
 - 1.2. Rechtsnatur der EG und der EU
 - 1.3. Aufgaben der EU
 - 1.4. Befugnisse der EU
 - 1.5. Institutionen der EU
2. Die Gemeinschaftsrechtsordnung
 - 2.1. Rechtsquellen des Gemeinschaftsrechts
 - 2.2. Handlungsinstrumentarium
 - 2.3. Rechtssetzungsverfahren
 - 2.4. Rechtsschutzsystem
3. Einordnung des Gemeinschaftsrechts im Gesamtsystem des Rechts
 - 3.1. Eigenständigkeit der Gemeinschaftsrechtsordnung
 - 3.2. Zusammenwirken von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht
 - 3.3. Kollision zwischen Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht

D. Steuerrecht

- Grundlagen der Steuerrechtsordnung

1. Steuerrecht als Teil der Rechtsordnung
2. System des Steuerrechts
3. Gebiete und Gesetze des allgemeinen Steuerrechts
4. Gebiete und Gesetze des besonderen Steuerrechts
5. Finanzverfassungsrechtliche Grundlagen der Steuerrechtsordnung
6. Rechtsstaatlichkeit des Steuerrechts
7. Systemtragende Prinzipien rechtsstaatlichen Steuerrechts
(einschl. Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung, Leistungsfähigkeitsprinzip)
8. Rechtsanwendung im Steuerrecht
9. Das Steuerrechtsverhältnis

1. Abgabenordnung und Nebengesetze, Finanzgerichtsordnung

1. Grundlagen
2. Zuständigkeit der Finanzbehörden
3. Steuerschuldrecht
 - 3.1. Steuerschuldverhältnis
 - 3.2. Steueranspruch
 - 3.3. Steuerbegünstigte Zwecke
4. Steuerverfahrensrecht
 - 4.1. Aufbau und Organisation der Finanzbehörden
 - 4.2. Allgemeine Verfahrensregeln
 - 4.3. Vorbereitung und Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen
 - 4.4. Außenprüfung
5. Fristen, Termine, Wiedereinsetzung
6. Verwaltungsakte
 - 6.1. Begriff
 - 6.2. Bekanntgabe von Verwaltungsakten und Entscheidungen
7. Festsetzungs- und Feststellungsverfahren
 - 7.1. Steuerbescheide
 - 7.2. Vorbehaltsfestsetzungen
 - 7.3. Steueranmeldungen
 - 7.4. Vorläufige und ausgesetzte Steuerfestsetzungen
 - 7.5. Festsetzungsverjährung für Steuern
 - 7.6. Feststellungsbescheide
 - 7.7. Sonstige
8. Berichtigung von Verwaltungsakten
 - 8.1. Berichtigung offenbarer Unrichtigkeiten (§ 129 AO)
 - 8.2. Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte (§ 130 AO)
 - 8.3. Widerruf rechtmäßiger Verwaltungsakte (§ 131 AO)
 - 8.4. Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden (§ 172 AO)
 - 8.5. Berichtigung wegen neuer Tatsachen oder Beweismittel (§ 173 AO)
 - 8.6. Widerstreitende Steuerfestsetzungen (§ 174 AO)

- 8.7. Änderung von Bescheiden (§ 175 Abs. 1 Nr. 1 AO)
- 8.8. Eintritt eines Ereignisses mit steuerlicher Wirkung für die Vergangenheit
- 8.9. Einschränkungen des Berichtigungsumfangs
- 8.10. Berichtigung von Rechtsfehlern (§ 177 AO)
- 9. Haftung
 - 9.1. Haftungstatbestände und Verfahren
 - 9.2. Einzelne Haftungstatbestände nach der AO
 - 9.3. Haftung nach Einzelsteuergesetzen
 - 9.4. Zivilrechtliche Haftungstatbestände
 - 9.5. Festsetzungsverfahren
- 10. Erhebungsverfahren
- 11. Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren
 - 11.1. Zulässigkeitsvoraussetzungen
 - 11.2. Verfahrensgrundsätze
 - 11.3. Hinzuziehung
- 12. Klagen und Rechtsmittel im Steuerprozess
 - 12.1. Statthaftigkeit der Klage
 - 12.2. Weitere Sachurteilsvoraussetzungen
 - 12.3. Beteiligte
 - 12.4. Verfahren vor dem Finanzgericht
 - 12.5. Verfahren vor dem Bundesfinanzhof
- 13. Vorläufiger Rechtsschutz
- 14. Rechtsschutz im Recht der EU
- 15. Grundzüge des Straf- und Bußgeldverfahrens

2. Recht der Steuerarten, insbesondere
a) Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer

Einkommensteuer

Grundlagen der Einkommensbesteuerung

- 1. Steuerpflicht
 - 1.1. Unbeschränkte Steuerpflicht
 - 1.2. Beschränkte Steuerpflicht
- 2. Steuergegenstand
 - 2.1. Bestimmung der steuerbaren Einkünfte
 - 2.2. Bestimmung der Einkunftsart
- 3. Bemessungsgrundlage der ESt
- 4. Die personelle Einkünftezurechnung, Zurechnung der Einkünfte bei Ehegatten, Verträge zwischen Ehegatten
- 5. Ermittlung der Einkünfte einschließlich steuerfreie Einnahmen, nicht abziehbare Ausgaben
- 6. Vereinnahmung und Verausgabung
- 7. Bemessungszeitraum, Veranlagungszeitraum, Ermittlungszeitraum
- 8. Nichtabzugsfähige Kosten der Lebensführung
- 9. Sonderausgaben
- 10. Außergewöhnliche Belastungen

11. Veranlagung der Einkommensteuer
 - 11.1. Einzelveranlagung
 - 11.2. Veranlagung von Ehegatten
12. Tarif
 - 12.1. Aufbau
 - 12.2. Progressionsvorbehalt (§ 32b EStG)
 - 12.3. Einzelfragen bei Tarifiermäßigung (§§ 34, 34b, 34c, 35 EStG)
13. Familienleistungsausgleich
14. Erhebung der Einkommensteuer (Entstehung, Einkommensteuerfestsetzung, Vorauszahlungen, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Steuerabzug bei Bauleistungen, Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen)

Bilanzsteuerrecht

1. Grundlagen der Gewinnermittlung
 - 1.1. Gewinnermittlung
 - 1.2. Betriebsvermögen
 - 1.3. Betriebseinnahmen
 - 1.4. Betriebsausgaben
 - 1.5. Entnahmen
 - 1.6. Einlagen
 - 1.7. Steuerfreie Einnahmen
 - 1.8. Nichtabziehbare Betriebsausgaben einschließlich Betriebsausgaben im Zusammenhang mit steuerfreien Betriebseinnahmen
 - 1.9. Bilanzzusammenhang, Bilanzberichtigung, Bilanzänderung
2. Bilanzierung
 - 2.1. Bilanzierungspflicht
 - 2.2. Geltungsbereich § 5 EStG
 - 2.3. Maßgeblichkeitsgrundsatz
 - 2.4. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB)
 - 2.5. Anwendung von § 5 EStG auf den Ansatz dem Grunde nach im Einzelnen (aktive Wirtschaftsgüter, passive Wirtschaftsgüter, Rechnungsabgrenzungsposten, steuerfreie Rücklagen)
3. Bewertung
 - 3.1. Bewertungsgegenstand, Systematik der steuerlichen Bewertung, Bewertungsgrundsätze
 - 3.2. Bewertungsmaßstäbe des Bilanzsteuerrechts (Anschaffungskosten, Herstellungskosten, Teilwert)
 - 3.3. Planmäßige Abschreibungen (AfA, AfS)
 - 3.4. Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert sowie AfaA
 - 3.5. Abschreibungen auf den niedrigeren steuerlichen Wert (Sonderabschreibungen, erhöhte Absetzungen, Bewertungsabschläge einschl. §§ 6a, 6b EStG, geringwertige Wirtschaftsgüter)
 - 3.6. Bewertungsvereinfachungen (Festbewertung, Gruppenbewertung, Sammelbewertung)
4. Bewertung von Passiva (Verbindlichkeiten, Rückstellungen)
5. Ausgewählte Fragen zur Bilanzierung und Bewertung
 - 5.1. Bilanzierung und Bewertung von Beteiligungen

- 5.2. Bilanzierung und Bewertung von Derivaten (Grundlagen)
- 6. Steuerbilanzpolitik
 - 6.1. Instrumente der Steuerbilanzpolitik
 - 6.2. Strategie der Steuerbilanzpolitik
- 7. Besonderheiten der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG (Einnahmen-Ausgabenrechnung)

Besteuerung der gewerblichen Einkünfte einschließlich der Personengesellschaften

- 1. Besteuerung der gewerblichen Einkünfte gem. § 15 EStG
 - 1.1. Grundlagen
 - 1.2. Einzelunternehmer
 - 1.3. Einkünfte aus gewerblich tätigen Mitunternehmerschaften
 - 1.3.1. Mitunternehmerschaften/vermögensverwaltende Personengesellschaften
 - 1.3.2. Regelung des § 15 Abs. 3 EStG
 - 1.3.3. Steuerliches Betriebsvermögen
 - 1.3.4. Leistungsaustausch zwischen Mitunternehmerschaft und Mitunternehmern
 - 1.3.5. Gewinnanteil/Vergütungen
- 2. Veräußerung des Betriebs (§ 16 EStG)
 - 2.1. Grundlagen
 - 2.2. Veräußerungstatbestände des § 16 Abs. 1 EStG
 - 2.3. Betriebsaufgabe nach § 16 Abs. 3 EStG
 - 2.4. Ermittlung des Veräußerungsgewinns (§ 16 Abs. 2 EStG)
 - 2.5. Freibetrag nach § 16 Abs. 4 EStG
 - 2.6. Erbfall und Erbauseinandersetzung
 - 2.7. Verpachtung eines ganzen Gewerbebetriebs oder eines Teilbetriebs
- 3. Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften (§ 17 EStG/§ 23 EStG)
 - 3.1. Anwendungsbereich
 - 3.2. Wesentliche Beteiligung
 - 3.3. Veräußerung
 - 3.4. Ermittlung des Veräußerungsgewinns
 - 3.5. Besteuerung des Veräußerungsgewinns
 - 3.6. Auflösung und Kapitalherabsetzung
- 4. Sonderfälle
 - 4.1. Betriebsaufspaltung
 - 4.2. GmbH & Co. KG (einschl. Verlustausgleichsbeschränkungen nach § 15a EStG)
 - 4.3. GmbH & atypisch stille Gesellschaft
 - 4.4. Die Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)
 - 4.5. Familienpersonengesellschaften
 - 4.6. Gewerbliche Tierzucht und gewerbliche Tierhaltung

Einkünfte aus Kapitalvermögen

- 1. Umfang der Einkunftsart

- 1.1. Kapitalanlage und Ertrag
- 1.2. Zurechnung von Kapitalerträgen
2. Einnahmen aus Kapitalvermögen
3. Steuerbefreiungen, Steuererleichterungen
4. Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen (einschließlich Werbungskosten)
5. Zurechnung zu anderen Einkunftsarten
6. Veräußerung von Kapitalanlagen
7. Kapitalertragsteuer
8. Gebietsfremde mit Kapitalanlagen im Inland

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

1. Umfang der Einkunftsart
2. Ermittlung der Einkünfte (Einnahmen, Werbungskosten)
3. Veräußerung von Wirtschaftsgütern, Abgrenzung gegenüber anderen Einkunftsarten (insbes. gewerblicher Grundstückshandel)
4. Gesellschaften/Gemeinschaften
 - 4.1. Nicht gewerblich tätige Personengesellschaften
 - 4.2. Bauherren/Bauträger-/Erwerbbergemeinschaften
 - 4.3. Geschlossene Immobilienfonds
 - 4.4. Beschränkter Ausgleich negativer Einkünfte
5. Nießbrauch und andere dingliche sowie obligatorische Nutzungsrechte an Grundvermögen
 - 5.1. Nießbrauchsarten
 - 5.2. Allgemeine Besteuerungsgrundsätze

Übrige Einkunftsarten

1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
2. Einkünfte aus selbstständiger Arbeit
3. Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit
4. Sonstige Einkünfte

Verluste im Einkommensteuerrecht

1. Entstehung von Verlusten
2. Zurechnung von Verlusten
3. Verlustausgleich
4. Einschränkung des Verlustausgleichs
5. Verlustabzug (§ 10d EStG)

Körperschaftsteuer

1. Grundlagen
2. Anwendungsbereich des Körperschaftsteuergesetzes
3. Steuerpflicht
 - 3.1. Unbeschränkte Steuerpflicht
 - 3.2. Beschränkte Steuerpflicht
4. (Persönliche) Steuerbefreiungen

5. Einkommen
 - 5.1. Einkommensermittlung
 - 5.2. Besonderheiten bei der Ermittlung des Einkommens von Kapitalgesellschaften
 - 5.2.1. Steuerfreie Einnahmen, nichtabziehbare Ausgaben
 - 5.2.2. Offene Gewinnausschüttung, verdeckte Gewinnausschüttung
 - 5.2.3. Offene Einlagen, verdeckte Einlagen
 - 5.2.4. Gesellschafter-Fremdfinanzierung (§ 8a KStG)
 - 5.2.5. Einkommensermittlung in Sonderfällen
 - 5.3. Steuerliche Behandlung von Verlusten
(Verlustrücktrag/Verlustvortrag, Einschränkung des Verlustabzugs: § 8 Abs. 4 KStG)
6. Körperschaftsteuerliche Organschaft
7. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Verhältnis von Feststellungsbescheid und Körperschaftsteuerbescheid
8. Veranlagung
9. Körperschaftsteuersystem: Halbeinkünfteverfahren
 - 9.1. Dividendenbesteuerung
(natürliche Personen, juristische Personen)
 - 9.2. Veräußerung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft
(natürliche Personen, juristische Personen)

Gewerbesteuer

1. Grundlagen
2. Steuerpflicht
 - 2.1. Sachliche Steuerpflicht (Steuergegenstand)
 - 2.2. Persönliche Steuerpflicht (Steuerschuldner)
 - 2.3. (Persönliche) Steuerbefreiungen
3. Gewerbeertrag
 - 3.1. Ermittlungszeitraum
 - 3.2. Ausgangsgröße: Gewinn aus Gewerbebetrieb i.S.d. EStG oder KStG
 - 3.3. Modifikationen: Hinzurechnungen und Kürzungen
4. Festsetzung und Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags
5. Entstehung, Festsetzung und Erhebung
6. Steuererklärungspflicht
7. Steuerermäßigung nach § 35 EStG
8. Gewerbesteuerliche Organschaft

Einfluss der Besteuerung auf die Rechtsformwahl und Finanzierung von Unternehmen

1. Einfluss der Besteuerung auf die Unternehmensrechtsform
 - 1.1. Grundformen: Einzelunternehmen, Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften
 - 1.2. Mischformen, insbes. Betriebsaufspaltung, stille Gesellschaft
2. Einfluss der Besteuerung auf die Finanzierung von Unternehmen
 - 2.1. Vergleich Eigen- und Fremdfinanzierung in Abhängigkeit von der Rechtsform

- 2.2. Gesellschafter-Fremdfinanzierung (einschl. Einschränkung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung)
- 2.3. Leasing

Steuern im Konzern

- 1. Ertragsteuern
 - 1.1. Grundsätze der Besteuerung eines Inlandskonzerns/-teilkonzerns
 - 1.1.1. Getrennte Besteuerung eines Inlandskonzerns/-teilkonzerns
 - 1.1.2. Vermeidung der Mehrfachbesteuerung
 - 1.1.3. Berücksichtigung von Verlusten
 - 1.1.4. Innerkonzernliche Geschäftsbeziehungen
 - 1.2. Organschaft
 - 1.2.1. Voraussetzungen
 - 1.2.2. Einkommensermittlung im Organkreis
 - 1.2.3. Gescheiterter Gewinnabführungsvertrag
 - 1.3. Sonstige Unternehmensverträge
 - 1.4. Steuerliche Aspekte der Gestaltung des Konzernaufbaus
 - 1.4.1. Konzernorganisation und Organschaft
 - 1.4.2. Steueroptimierung durch geeignete Beteiligungsstruktur
 - 1.4.3. Umgestaltung innerkonzernlicher Beteiligungsverhältnisse
 - 1.4.4. Abschreibung der Anschaffungskosten beim Beteiligungserwerb
 - 1.4.5. Besteuerung inländischer Konzernverwaltungsstellen
- 2. Verkehrsteuern
 - 2.1. Umsatzsteuer
 - 2.1.1. Organschaft
 - 2.1.2. Beteiligungsverwaltung
 - 2.1.3. Bemessungsgrundlage bei konzerninternen Lieferungen und Leistungen
 - 2.2. Grunderwerbsteuer

Unternehmenskauf - Unternehmensverkauf

- 1. Einzelunternehmen, Personengesellschaften
 - 1.1. Besteuerung des Verkäufers: §§ 16, 34 EStG
 - 1.2. Besteuerung des Käufers
 - 1.3. Gestaltungsmöglichkeiten (z.B. Verkauf gegen wiederkehrende Bezüge)
- 2. Kapitalgesellschaften
 - 2.1. Besteuerung des Verkäufers (asset deal oder share deal)
 - 2.2. Besteuerung des Käufers (asset deal oder share deal)
 - 2.3. Gestaltungsmöglichkeiten

b) Bewertungsgesetz, Erbschaftsteuer, Grundsteuer

Bewertungsgesetz

1. Grundlagen
2. Feststellungszeitpunkte
3. Bewertung des Betriebsvermögens
4. Aufteilung des Werts des Betriebsvermögens bei Personengesellschaften
5. Wertfeststellung bei Kapitalgesellschaften
6. Die Bedarfsbewertung des Grundbesitzes
7. Sonderfälle der Bewertung

Erbschaftsteuer

1. Grundlagen
2. Steuerpflichtige Vorgänge
3. Persönliche Steuerpflicht
4. Bemessungsgrundlage: Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs (einschl. Begünstigung für Betriebsvermögen)
5. Steuerklassen
6. Freibeträge, Steuersatz, Tarifbesonderheiten (einschl. Zusammenrechnungen)
7. Vor- und Nacherbschaft
8. Ehegüterrecht und Erbschaftsteuer
9. Auslandsberührung
 - 9.1. Doppelbesteuerungsabkommen und innerstaatliche Vermeidungsnormen
 - 9.2. Regelung des Außensteuerrechts
 - 9.3. Erbschaftsteuerplanung bei Auslandsberührung
10. Besteuerungsverfahren
11. Erbschaftsteuerplanung/Nachfolgeplanung

Grundsteuer

1. Steuergegenstand
2. Befreiungen und Vergünstigungen, Steuerschuldner
3. Berechnung: Bemessungsgrundlage, Steuertarif
4. Durchführung der Besteuerung

c) Umsatzsteuer, Grunderwerbsteuer

Umsatzsteuer

1. Gemeinschaftsrecht und einzelstaatliches Umsatzsteuerrecht
2. Steuerbarkeit
 - 2.1. Unternehmer und Unternehmen
 - 2.2. Leistung und Leistungsaustausch
 - 2.3. Geltungsbereich des UStG, Gebietsbegriffe
 - 2.4. Lieferung
 - 2.4.1. Begriff
 - 2.4.2. Sonderformen (Tausch und tauschähnliche Umsätze, Lieferungen und sonstige Leistungen eines Arbeitgebers)
 - 2.4.3. Zeitpunkt der Lieferung

- 2.4.4. Ort der Lieferung
- 2.5. Sonstige Leistungen
 - 2.5.1. Begriff
 - 2.5.2. Ort der sonstigen Leistung
- 2.6. Unentgeltliche Wertabgaben
- 2.7. Innergemeinschaftlicher Erwerb
- 2.8. Einfuhr von Gegenständen im Inland
- 3. Wichtige steuerfreie Umsätze und Verzicht auf die Steuerbefreiung
 - 3.1. Steuerbefreiungen mit Vorsteuerabzugsrecht (insbesondere innergemeinschaftliche Lieferung)
 - 3.2. Unechte Steuerbefreiungen mit Vorsteuerausschluss
 - 3.3. Verzicht auf Steuerbefreiung (Umsatzsteuroption)
- 4. Bemessungsgrundlagen
- 5. Steuersatz
- 6. Rechnungen
- 7. Vorsteuerabzug und Vorsteuerberichtigung
 - 7.1. System des Vorsteuerabzugs
 - 7.2. Vorsteuerberichtigung nach § 15a UStG
- 8. Steuerentstehung, Steuerschuldner, Haftung für schuldhaft nicht abgeführte Steuer
- 9. Besteuerung besonderer Unternehmer und besonderer Leistungen
- 10. Besteuerungsverfahren (Besteuerungszeitraum, Rechnungslegungsverpflichtungen einschl. Regelungen im Europäischen Binnenmarkt)

Grunderwerbsteuer

- 1. Steuerbare Erwerbsvorgänge
- 2. Steuerbefreiungen
- 3. Bemessungsgrundlage, Steuertarif
- 4. Durchführung der Besteuerung

d) Umwandlungssteuerrecht

- 1. Grundlagen
 - 1.1. Steuerliche Problembereiche von Umwandlungen
 - 1.2. Grundstruktur von Umwandlungsvorgängen nach dem UmwStG
 - 1.3. Verhältnis zwischen UmwG und UmwStG
 - 1.4. Begriff des Teilbetriebes
 - 1.5. Relevante Stichtage
 - 1.6. Einfluss des Maßgeblichkeitsprinzips auf Umwandlungsvorgänge
- 2. Umwandlung einer Kapitalgesellschaft auf eine Personengesellschaft oder auf eine natürliche Person
 - 2.1. Ermittlung des Übertragungs- und Übernahmeergebnisses
 - 2.2. Spezifika einzelner Umwandlungsformen
- 3. Verschmelzung von Kapitalgesellschaften
 - 3.1. Ebene der übertragenden Gesellschaft
 - 3.2. Ebene der übernehmenden Gesellschaft
 - 3.3. Besteuerung der Gesellschafter der übertragenden Körperschaft

- 3.4. Auswirkungen auf ein Organschaftsverhältnis
- 3.5. Zusammenfassung des verwendbaren Eigenkapitals
- 3.6. Verkehrsteuern
- 4. Tausch von Anteilen an Kapitalgesellschaften
- 5. Spaltung von Kapitalgesellschaften
 - 5.1. Auf- oder Abspaltungen zwischen Kapitalgesellschaften
 - 5.2. Auf- oder Abspaltung auf eine Personengesellschaft
- 6. Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmensanteils in eine Kapitalgesellschaft
 - 6.1. Behandlung der Sacheinlage
 - 6.2. Einbringungsgewinn
 - 6.3. Besteuerung der gewährten Anteile
 - 6.4. Besteuerung der aufnehmenden Kapitalgesellschaft
 - 6.5. Verkehrsteuern
 - 6.6. § 23 UmwStG, Fusionsrichtlinie
- 7. Einbringung von Betriebsvermögen in eine Personengesellschaft
 - 7.1. Behandlung der Sacheinlage
 - 7.2. Ausgleichsleistungen
 - 7.3. Folgen für die aufnehmende Personengesellschaft
 - 7.4. Verkehrsteuern
- 8. Formwechsel einer Personengesellschaft in ein Einzelunternehmen
 - 8.1. Folgen für den ausscheidenden Gesellschafter
 - 8.2. Folgen für den übernehmenden Gesellschafter
 - 8.3. Verkehrsteuern
- 9. Anwachsung
- 10. Realteilung von Personengesellschaften

3. Grundzüge des Internationalen Steuerrechts

- 1. Grundlagen
- 2. Bedeutung des Europarechts für das internationale Steuerrecht
- 3. Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht
 - 3.1. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht
 - 3.2. Besonderheiten bei der Gewerbesteuer
- 4. Innerstaatliche Maßnahmen zur Vermeidung einer internationalen Doppelbesteuerung
 - 4.1. Anrechnungsmethode
 - 4.2. Abzugsmethode
 - 4.3. Steuerbefreiung (§ 8b KStG)
 - 4.4. Pauschalierungsmethode
 - 4.5. Auslandstätigkeitserlass
- 5. Doppelbesteuerungsabkommen
 - 5.1. Funktion der DBA
 - 5.2. Qualifikationsprobleme
 - 5.3. Sachlicher und persönlicher Geltungsbereich der DBA
 - 5.4. Wirkungsweise der Doppelbesteuerungsabkommen
 - 5.5. Besonderheiten

6. Besteuerung grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit
 - 6.1. Direktgeschäft
 - 6.2. Betriebsstätte
 - 6.3. Tochterkapitalgesellschaft
 - 6.4. Tochterpersonengesellschaft
 - 6.5. Einfluss der Besteuerung auf die Struktur der ausländischen Geschäftstätigkeit
7. Einkunfts- und Vermögensabgrenzung bei international verbundenen Unternehmen bzw. Unternehmensteilen international tätiger Gesellschaften
 - 7.1. Abgrenzung bei Unterhaltung einer ausländischen Betriebsstätte durch Steuerinländer bzw. einer inländischen Betriebsstätte durch Steuerausländer
 - 7.2. Abgrenzung bei Beteiligung an ausländischer Personengesellschaft durch Steuerinländer bzw. an inländischer Personengesellschaft durch Steuerausländer
 - 7.3. Abgrenzung bei Beteiligung an ausländischer Kapitalgesellschaft durch Steuerinländer bzw. an inländischer Kapitalgesellschaft durch Steuerausländer
8. Grundzüge des Außensteuergesetzes
9. Hinzurechnungsbesteuerung
 - 9.1. Systematik
 - 9.2. Voraussetzungen der Hinzurechnungsbesteuerung
 - 9.3. Rechtsfolge der Hinzurechnungsbesteuerung
10. Verfahrensrechtliche Fragen bei Auslandsbeziehungen
 - 10.1. Aufklärungs- und Mitwirkungspflichten bei Auslandssachverhalten
 - 10.2. Dokumentationspflichten
 - 10.3. Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe
 - 10.4. Zwischenstaatliche Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei Qualifikationskonflikten